Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/193
27.02.2018

Ausschuss für Haushaltskontrolle

6. Sitzung (öffentlich)

27. Februar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 13:55 Uhr

Vorsitz: Rainer Schmeltzer (SPD)
Heinrich Frieling (CDU) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016 **6**

Abschnitt	Drucksache 17/600	Seite
Teil B	**Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung**	
8	Prüfung des produktiven Einsatzes von EPOS.NRW im Justizvollzug	105-114
9	Datenaustausch in Strafverfahren	115-122
10	Baukostencontrolling für Investitionen beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen	123-129

Abschnitt	Drucksache 17/600	Seite
11	Abrechnung von Leistungen der freien Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte	133-136
12	Einsatztraining der Polizei und Betrieb des Regionalen Trainingszentrums Ostwestfalen-Lippe	137-139
13	Maßnahmen zur Umsetzung des Raumbedarfs und zur Unterbringung des Ministeriums für Inneres und Kommunales in den Gebäuden der ehemaligen Westdeutschen Landesbank in Düsseldorf	141-152
14	Erfolgskontrolle von Förderprogrammen im Bereich des Justizministeriums	157-162
15	Mehrarbeitsvergütung im Schulbereich	167-173
18	Überwachung der Zweckbindungsfristen für Förderungen des Sportstättenbaus	199-201
20	Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen	215-216

Abschnitt 8 **6**

Der Ausschuss erhebt den geänderten Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 9 **7**

Der Ausschuss erhebt den geänderten Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 10 **8**

Der Ausschuss erhebt den so geänderten Beschlussvorschlag zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 11 **8**

– Erstberatung

Abschnitt 12 **9**

– Erstberatung

Abschnitt 13 **9**

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD bei Stimmenthaltung der SPD sowie bei Nichtbeteiligung der Grünen stimmt der Ausschuss dem Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD sowie bei Nichtbeteiligung der Grünen lehnt der Ausschuss den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion ab.

Abschnitt 14 **11**

Der Ausschuss erhebt den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 15 **11**

– Erstberatung

Keine Wortmeldungen.

Abschnitt 18 **11**

Der Ausschuss erhebt den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 20 **12**

Der Ausschuss erhebt den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

* * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Rainer Schmeltzer teilt mit, dass sich die Präsidentin des Landesrechnungshofs krankheitsbedingt entschuldigt habe.

Der Ausschussassistent Herr Wilhelm werde zukünftig den Ausschuss für Haushaltskontrolle nicht mehr betreuen. Seine Nachfolgerin sei Frau Daniela Gerdes.

Bernd Krückel (CDU) bittet vor dem Hintergrund, dass die Beschlussvorschläge nicht an alle Ausschussmitglieder verteilt worden seien, darum, alle Ausschussmitglieder in den Verteiler aufzunehmen.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer teilt mit, bisher seien die Beschlussvorschläge immer an die Referenten versandt worden, die diese dann an die Arbeitskreise weitergeleitet hätten.

Bernd Krückel (CDU) gibt zu bedenken, dass die Referenten erst am Vorabend kämen. Wenn alle Kolleginnen und Kollegen im Verteiler seien, könne sich jeder das heraussuchen, was für den nächsten Tag von Bedeutung sei.

Vorsitzender Rainer Schmeltzer merkt an, dass die Bitte angekommen sei und dieser auch nachgekommen werde.

Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016

Abschnitt	Drucksache 17/600	Seite
Teil B	**Prüfungsergebnisse aus dem Bereich der Landesregierung**	
8	Prüfung des produktiven Einsatzes von EPOS.NRW im Justizvollzug	105-114
9	Datenaustausch in Strafverfahren	115-122
10	Baukostencontrolling für Investitionen beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen	123-129
11	Abrechnung von Leistungen der freien Heilfürsorge für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte	133-136
12	Einsatztraining der Polizei und Betrieb des Regionalen Trainingszentrums Ostwestfalen-Lippe	137-139
13	Maßnahmen zur Umsetzung des Raumbedarfs und zur Unterbringung des Ministeriums für Inneres und Kommunales in den Gebäuden der ehemaligen Westdeutschen Landesbank in Düsseldorf	141-152
14	Erfolgskontrolle von Förderprogrammen im Bereich des Justizministeriums	157-162
15	Mehrarbeitsvergütung im Schulbereich	167-173
18	Überwachung der Zweckbindungsfristen für Förderungen des Sportstättenbaus	199-201
20	Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen	215-216

Abschnitt 8

Vorsitzender Rainer Schmeltzer verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 21. Dezember 2017 (Vorlage 17/424) und auf die Beschlussvorschläge der Koalitionsfraktionen (**Anlage 1**) und der SPD-Fraktion (**Anlage 2**).

Bernd Krückel (CDU) stellt fest, dass die beiden Beschlussvorschläge voneinander abwichen. Da seiner Ansicht nach der Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen

weitergehend sei, bitte er darum, diesen Beschlussvorschlag zum gemeinsam Beschlussvorschlag zu erheben und darüber abzustimmen.

Stefan Zimkeit (SPD) merkt an, seine Fraktion habe in ihrem Beschussvorschlag lediglich die Einsetzung eines neuen Unterausschusses würdigen wollen. Auf diese Würdigung könne man aber durchaus verzichten. Insofern werde man den Beschlussvorschlag zurückziehen und sich dem Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen anschließen.

Bernd Krückel (CDU) begrüßt die Würdigung. Insofern rege er an, den zweiten Absatz des Beschlussvorschlags der SPD-Fraktion als vorletzten Absatz in den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen einzufügen.

> Der **Ausschuss** erhebt den geänderten Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 9

Vorsitzender Rainer Schmeltzer verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 21. Dezember 2017 (Vorlage 17/424). In der letzten Ausschusssitzung sei eine Stellungnahme über den aktuellen Sachstand durch das Ministerium der Justiz innerhalb der nächsten sechs Wochen, also bis zum 6. März, zugesagt worden. Eine Stellungnahme liege bis heute nicht vor. Allerdings habe der Landesrechnungshof vorgeschlagen, den Abschnitt schon heute abschließend zu beraten.

Er weise auf die Beschlussvorschläge der Koalitionsfraktionen (**Anlage 1**) und der SPD-Fraktion (**Anlage 2**) hin.

Heinrich Frieling (CDU) merkt an, dass auch bei diesem Abschnitt die Beschlussvorschläge nicht weit auseinanderlägen. Da der Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen umfangreicher sei, rege er an, auch diesen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag zu erheben. Er hätte aber auch nichts dagegen, die Bitte der SPD um einen erneuten Bericht in den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen einzufügen.

Stefan Zimkeit (SPD) ist damit einverstanden, den letzten Satz des Beschlussvorschlags seiner Fraktion in den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zu übernehmen und über diesen dann als gemeinsamen Beschlussvorschlag abzustimmen.

> Der **Ausschuss** erhebt den geänderten Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 10

Vorsitzender Rainer Schmeltzer verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 21. Dezember 2017 (Vorlage 17/424) sowie die Beschlussvorschläge der Koalitionsfraktionen (**Anlage 1**) und der SPD-Fraktion (**Anlage 2**).

Stefan Zimkeit (SPD) teilt mit, dass seine Fraktion ihren Beschlussvorschlag zurückziehe, da sich die beiden vorliegenden Beschlussvorschläge ähnelten.

Johannes Remmel (GRÜNE) sagt, dass er sich eine Mischung aus beiden Beschlussvorschlägen sehr gut vorstellen könne, nämlich zunächst der erste Absatz des Beschlussvorschlages der SPD-Fraktion, dann die Absätze 1, 2 und 3 des Beschlussvorschlages der Koalitionsfraktionen und zum Schluss den zweiten Absatz des Beschlussvorschlages der SPD-Fraktion.

Bernd Krückel (CDU) und **Stefan Zimkeit (SPD)** sind damit einverstanden.

> Der **Ausschuss** erhebt den so geänderten Beschlussvorschlag zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 11

Vorsitzender Rainer Schmeltzer verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 7. Februar 2018 (Vorlage 17/522). Hierzu finde heute die Erstberatung statt.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) möchte wissen, ob dem LRH der finale Regelungserlass schon vorliege.

Es sei dargestellt worden, dass die Krankenversichertenkarte seit November 2017 ausgegeben worden sein solle. Ihn interessiere, ob diese final verteilt worden sei und ob das Verfahren 2018 so weiterlaufen wie bisher.

LMR Welzel (LRH) lässt wissen, der Zentralisierungserlass sei im Dezember erlassen worden.

Das Ministerium des Innern habe mitgeteilt, dass die Krankenversichertenkarte im November 2017 ausgeteilt worden sei. Starten solle sie am 1. Januar 2018. Erfahrungen gebe es bislang nicht.

Abschnitt 12

Vorsitzender Rainer Schmeltzer verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 7. Februar 2018 (Vorlage 17/522). Hierzu finde heute die Erstberatung statt.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) sagt, bislang sei das erste Regionale Trainingszentrum begutachtet worden. Er wolle wissen, ob es mittel- bis langfristig eine erweiterte Begutachtung geben werde. Bislang fänden in allen 47 Kreispolizeibehörden Einsatztrainings statt. Ihn interessierten die zukünftigen Planungen, also ob die Einsatztrainings in den 47 Kreispolizeibehörden aufgegeben werden und das Training nur noch in den zwölf Regionalen Trainingszentren stattfinden solle.

LMR Welzel (LRH) teilt mit, Ziel des Ministeriums sei, das Einsatztraining auf eine professionellere Grundlage zu stellen. Ein wesentlicher Teil davon sei, weg von den Kreispolizeibehörden und hin zu den zwölf Regionalen Trainingszentren.

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) fragt, ob der Landesrechnungshof bei zukünftigen Überprüfungen auch die personelle Situation in den Blick nehmen werde. Im Moment würden Einsatztrainer in 47 Kreispolizeibehörden beschäftigt. Diese müssten dann versetzt und den Regionalen Trainingszentren zugeführt werden.

LMR Welzel (LRH) lässt wissen, bislang würden die Einsatztrainer von den Kreispolizeibehörden gestellt, weil die Polizeibeamten aus den Kreispolizeibehörden in ihrem personellen Umfeld das Training machten. Die kleineren Kreispolizeibehörden hätten durchaus Schwierigkeiten, ausreichend Trainer zu stellen. Vor dem Hintergrund habe der Landesrechnungshof angeregt, zwar weiterhin kreispolizeinah Training zu machen, aber, wenn das Training darunter leide, auch so flexibel zu sein, andere aus anderen Kreispolizeibehörden oder aus der Kreispolizeibehörde, die das Training leite, zu nehmen.

Abschnitt 13

Vorsitzender Rainer Schmeltzer verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 21. Dezember 2017 (Vorlage 17/424) sowie die Beschlussvorschläge der Koalitionsfraktionen (**Anlage 1**) und der SPD-Fraktion (**Anlage 2**).

Dr. Christos Georg Katzidis (CDU) stellt fest, dass die beiden vorliegenden Beschlussvorschläge nicht übereinstimmten. Insofern bitte er darum, den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsam Beschlussvorschlag zu erheben, da die Absätze 2 und 3 im Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion die Feststellungen des Landesrechnungshofs stark relativierten.

Stefan Zimkeit (SPD) hält den Beschlussvorschlag seiner Fraktion für inhaltlich richtig und besteht auf Abstimmung über diesen Beschlussvorschlag.

Johannes Remmel (GRÜNE) erwähnt, nach seinem Kenntnisstand sei die spätere Verwendung des Grundstücks des damaligen Innenministeriums in die Wirtschaftlichkeitsüberlegung einbezogen worden. Er frage, inwieweit das bei den Prüfungen eine Rolle gespielt habe.

LMR Zelljahn (LRH) antwortet, die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung des Innenministeriums sei nicht stringent gewesen. Man habe zwar eine sogenannte Konzernsicht anlegen wollen, habe aber wirtschaftlich die Dinge nicht richtig durchgerechnet, denn man hätte alle Einnahmen und Ausgaben rechnen müssen, um zu dem richtigen Ergebnis zu kommen. Dies sei hier jedoch nicht der Fall gewesen. Deswegen habe man bemängelt, dass die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht konsequent sei und nicht zum richtigen Ergebnis geführt habe. Man sei nicht in der Lage gewesen, selber eine Berechnung anzustellen. Dafür hätte man wissen müssen, was beispielsweise der Verkauf des Grundstücks Friedrichstraße an freie Mieter gebracht hätte. Diese Zahlen lägen jedoch nicht vor und seien auch nie erhoben worden. Von daher sei die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht brauchbar.

Johannes Remmel (GRÜNE) erwidert, dies beantworte seine Frage nicht. Seine Frage beziehe sich nicht auf die vom zuständigen Ministerium dargestellte Konzernsicht bezogen auf Portigon, sondern auf die Verwertung des Grundstücks des ehemaligen Innenministeriums, also Haroldstraße und nicht Friedrichstraße. Dies sei seines Erachtens seinerzeit die Grundlage der Gesamtbetrachtung gewesen. Ihn interessiere, ob das seitens des Landesrechnungshofs untersucht worden sei.

LMR Zelljahn (LRH) verneint. Nach seiner Erinnerung habe man keine Überlegung dazu gefunden, was der Verkauf des Grundstücks in der Haroldstraße gebracht hätte, weil überhaupt nicht klar gewesen sei, was man mit dem Grundstück in der Haroldstraße mache. Es sei seines Wissens bis zum heutigen Zeitpunkt nicht klar, ob man das Gebäude saniere, abreiße und neu baue. Überlegungen, was ein Verkauf gebracht hätte, seien in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen nicht eingeflossen.

Johannes Remmel (GRÜNE) teilt mit, dass er aufgrund von Befangenheit an der Abstimmung nicht teilnehme.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD bei Stimmenthaltung der SPD sowie bei Nichtbeteiligung der Grünen stimmt der **Ausschuss** dem Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zu.

Mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD sowie bei Nichtbeteiligung der Grünen lehnt der **Ausschuss** den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion ab.

Abschnitt 14

Vorsitzender Rainer Schmeltzer verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 21. Dezember 2017 (Vorlage 17/424) und den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen (**Anlage 1**).

Der **Ausschuss** erhebt den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 15

Vorsitzender Rainer Schmeltzer verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 7. Februar 2018 (Vorlage 17/522). Hierzu finde heute die Erstberatung statt.

Keine Wortmeldungen.

Abschnitt 18

Vorsitzender Rainer Schmeltzer verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 21. Dezember 2017 (Vorlage 17/424) und den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen (**Anlage 1**).

Die Präsidentin des Landesrechnungshofs habe darum gebeten, sollte es dazu Nachfragen geben, die Behandlung dieses Abschnitts in die nächste Sitzung zu schieben, da es ihren Zuständigkeitsbereich betreffe.

Der **Ausschuss** erhebt den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

Abschnitt 20

Stellv. Vorsitzender Heinrich Frieling verweist auf die aktualisierte Sachstandsdarstellung des Landesrechnungshofs vom 21. Dezember 2017 (Vorlage 17/210) und den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen (**Anlage 1**).

Der **Ausschuss** erhebt den Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen zum gemeinsamen Beschlussvorschlag und stimmt ihm einstimmig zu.

gez. Rainer Schmeltzer
Vorsitzender

gez. Heinrich Frieling
Stellv. Vorsitzender

2 Anlagen

06.03.2018/15.03.2018

190

CDU-Landtagsfraktion **26.02.2018**
FDP-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 08 „Haushaltskontrolle“

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 27.02.2018

Beschlussvorschlag zur Ziffer 8
Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016
- Prüfung des produktiven Einsatzes von EPOS.NRW im Justizvollzug -

Der Ausschuss stellt fest, dass die Zusammenführung der Fach- und Ressourcenverantwortung auf den verschiedenen Ebenen noch nicht erreicht wurde und das Prüfungsverfahren weiter andauert.

Der Ausschuss stellt fest, dass im Justizvollzug in den Bereichen KLR, Controlling und Budgetierung der nach rd. sieben Jahren nach Produktivsetzung erreichte Stand nicht zufriedenstellend sein kann.

Der Ausschuss bittet die Landesregierung, ihn und den LRH zum 31. Oktober 2018 über den Sachstand, u. a. in Bezug auf den Einsatz der Steuerungsinstrumente (KLAR, Controlling und Budgetierung) sowie die betriebswirtschaftliche Qualifizierung des Leitungspersonals insbesondere in den Vollzugsanstalten, zu unterrichten.

CDU-Landtagsfraktion **26.02.2018**
FDP-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 08 „Haushaltskontrolle“

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 27.02.2018

Beschlussvorschlag zur Ziffer 9
Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016
- Datenaustausch in Strafverfahren -

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Datenaustausch zwischen den an Strafverfahren beteiligten Behörden und Gerichten optimierbar ist.

Der Ausschuss begrüßt die zahlreichen Anregungen des Landesrechnungshofs an das Justizministerium und das Ministerium für Inneres und Kommunales und deren geplante Berücksichtigung.

Der Ausschuss begrüßt, dass ein erweiterter Datenaustausch auf Grundlage eines neuen Verfahrens zur integrierten Vorgangsbearbeitung und Auskunft geplant ist.

CDU-Landtagsfraktion **26.02.2018**
FDP-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 08 „Haushaltskontrolle“

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 27.02.2018

Beschlussvorschlag zur Ziffer 10
Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016
- Baukostencontrolling für Investitionen beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen -

Der Ausschuss stellt fest, dass die zur Kostenkontrolle derzeit genutzten IT-Standardberichte und Projektstatusberichte des BLB NRW qualitativ zu beanstanden sind.

Der Ausschuss stellt fest, dass die Schwächen im Baukostencontrolling fortwährend die Einhaltung des baupolitisch geforderten hohen Maßes an Kostensicherheit bei den Bauprojekten des BLB NRW gefährden.

Der Ausschuss stellt fest, dass die notwendigen Änderungen des Baukostencontrollings künftig mit mehr Nachdruck herbeigeführt werden müssen.

Der Ausschuss begrüßt, dass der BLB NRW unter Beteiligung des Ministeriums der Finanzen als Fachaufsicht nunmehr richtige Schritte zur Verbesserung des Baukostencontrollings unternehmen will.

CDU-Landtagsfraktion **26.02.2018**
FDP-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 08 „Haushaltskontrolle“

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 27.02.2018

Beschlussvorschlag zur Ziffer 13
Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016
- Maßnahmen zur Umsetzung des Raumbedarfs und zur Unterbringung des Ministeriums für Inneres und Kommunales in den Gebäuden der ehemaligen Westdeutschen Landesbank in Düsseldorf -

Der Ausschuss nimmt die Zweifel des LRH bezüglich der Wirtschaftlichkeit der Unterbringungsentscheidung des MIK in den WestLB-Gebäuden und eines ergebnisoffenen Entscheidungsprozesses zur Kenntnis.

Zudem nimmt er zur Kenntnis, dass die vom MIK erstellte und vom FM gegengezeichnete Wirtschaftlichkeitsuntersuchung nicht geeignet war nachzuweisen, dass die Unterbringung des MIK in den WestLB-Gebäuden tatsächlich die wirtschaftlichste Variante war.

CDU-Landtagsfraktion **26.02.2018**
FDP-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 08 „Haushaltskontrolle“

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 27.02.2018

Beschlussvorschlag zur Ziffer 14
Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016
- Erfolgskontrolle von Förderprogrammen im Bereich des Justizministeriums -

Der Ausschuss stellt fest, dass in der Vergangenheit entgegen den Empfehlungen keine Kosten-/Leistungsrechnung für die einzelnen Träger zum Zwecke der Leistungsmessung vorgenommen wurde.

Der Ausschuss stellt fest und begrüßt, dass das JM nun doch der Empfehlung einer Evaluation aller vier durch den LRH geprüften Programme zur Förderung freier Träger folgen wird.

CDU-Landtagsfraktion **26.02.2018**
FDP-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 08 „Haushaltskontrolle“

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 27.02.2018

Beschlussvorschlag zur Ziffer 18
Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016
- Überwachung der Zweckbindungsfristen für Förderungen des Sportstättenbaus -

Der Ausschuss begrüßt die Forderung des LRH, in geeigneter Weise sicherzustellen, dass die Bewilligungsbehörden bis zum Ende der Zweckbindungsfristen die ordnungsgemäße Verwendung der Zuwendungen sowie die Beachtung sämtlicher Auflagen zur Zweckbindung regelmäßig überwachen.

Der Ausschuss stellt fest und begrüßt, dass das Ministerium mit den Bewilligungsbehörden Verfahrensweisen zur Festsetzung und Prüfung der Einhaltung der Zweckbindungsfristen abgestimmt hat.

Der Ausschuss begrüßt die Empfehlung des LRH, bei langjährigen Zweckbindungsfristen ggf. besondere Maßnahmen zu ergreifen, die jederzeit einen Überblick über die noch laufenden Verfahren und stichprobenweise Überprüfungen ermöglichen.

CDU-Landtagsfraktion **26.02.2018**
FDP-Landtagsfraktion
Arbeitskreis 08 „Haushaltskontrolle“

Sitzung des
Ausschusses für
Haushaltskontrolle
am 27.02.2018

Beschlussvorschlag zur Ziffer 20
Jahresbericht 2017 des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 2016
- Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen -

Der Ausschuss stellt fest, dass teilweise Zuwendungen mit Zustimmung des Ministeriums gewährt wurden, obwohl die beantragten Projekte die im Förderkonzept festgelegten Rahmenbedingungen nicht erfüllen.

Der Ausschuss stellt fest und begrüßt, dass das Ministerium der Bitte des LRH entsprechen wird und künftig schriftlich begründet, wenn es im Einzelfall vom Förderkonzept abweichen will.

Der Ausschuss stellt fest und begrüßt, dass das Ministerium gewährleisten will, dass Förderanträge für begonnene Maßnahmen abgelehnt werden, wenn nicht zuvor ein vorzeitiger Maßnahmenrahmenbeginn zugelassen wurde.

Der Ausschuss stellt fest und begrüßt, dass das Ministerium nunmehr prüft, in welcher Höhe die Zuwendungen zurückzufordern sind, wenn ein Zuwendungsempfänger wiederholt gegen Auflagen verstoßen hat.

Fraktion der SPD 26.01.2018

Beschlussvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 2017 zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle am 27.02.2018

Abschnitt 8 Prüfung des produktiven Einsatzes von EPOS.NRW im Justizvollzug:

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßt, dass das Ministerium der Justiz den meisten Empfehlungen der LRH gefolgt ist.

Durch die Einrichtung eines neuen Unterausschusses „Modernisierung des Budgetsrechts und Finanzcontrolling“ hat der Landtag sich entschlossen, das Thema in dieser Legislaturperiode noch intensiver zu behandeln.

Der Bericht des LRH ist dort bereits vorgestellt worden. Der Unterausschuss wird sich damit in dieser Wahlzeit intensiv auseinandersetzen.

Fraktion der SPD 26.01.2018

Beschlussvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 2017 zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle am 27.02.2018

Abschnitt 9 Datenaustausch in Strafverfahren:

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle begrüßt, dass die entsprechenden Ministerien den meisten Empfehlungen der LRH gefolgt sind.

Wir bitten den LRH um einen erneuten Bericht zum Verfahren zum 31.7.2018.

Fraktion der SPD 26.01.2018

Beschlussvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 2017 zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle am 27.02.2018

Abschnitt 10 Baukostencontrolling für Investitionen beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen:

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle sieht das verbesserte Controlling beim BLB NRW als eine fortdauernde Aufgabe, um Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Die vom LRH angesprochenen Punkte sind daher für die Weiterentwicklung wichtige Hinweise und der Ausschuss erwartet, dass sowohl der BLB wie auch die zuständigen Stellen diese Hinweise zeitnah aufnehmen.

Fraktion der SPD 26.01.2018

Beschlussvorschlag zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs 2017 zur Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle am 27.02.2018

Abschnitt 13 Maßnahmen zur Umsetzung des Raumbedarfs und zur Unterbringung des Ministeriums für Inneres und Kommunales in den Gebäuden der ehemaligen Westdeutschen Landesbank in Düsseldorf:

Der Ausschuss für Haushaltskontrolle erkennt an, dass die Anmietung der ehemaligen WestLB Gebäude zur Unterbringung des MIK zu diesem Zeitpunkt die haushälterisch nicht günstigste Variante war.

In eine wirtschaftliche Gesamtbetrachtung ist allerdings mit einzubeziehen, dass das Land alleiniger Gesellschafter des Vermieters ist.

Gleichzeitig sind durch den notwendigen Personalaufstockungen in den letzten Jahren die zum damaligen Zeitpunkt geschaffenen „Reserveflächen“ inzwischen belegt.